

Paradigmenwechsel von Sicherheitslogik zur Friedenslogik.

Zum normativen Rahmen des GG

Wer am Sonntag den 23. Oktober die Tagesschau sah, wurde mit zwei Aussagen konfrontiert, die auf das Spannungsverhältnis verweisen, in der die Friedensbewegung heute arbeiten muss. Auf der einen Seite das Wort der vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels preisgekrönten Schriftstellerin Carolin Emcke. Sie mahnt: "Es braucht jeden Einzelnen. Jeder hat die Möglichkeit, Mitmenschlichkeit zu stärken und diese Gesellschaft zu verteidigen". Denn jeder Einzelne könne die Muster, nach denen ganze Gruppen diskriminiert werden, aufbrechen.

In der gleichen Tagesschau erklärte die Leiterin des Berliner Zweigs der Politikberatungsagentur European Council on Foreign Policy, Almut Möller, es gehe um deutsche Interessen, um eine veränderte Erwartungshaltung an Deutschland und um Macht. "Angela Merkel hat Macht. Und Wladimir Putin riecht das und er braucht das auch, weil er Russland an den Tisch bringen will mit den ganz Großen. In Europa ist das momentan Deutschland." Und weiter sagte sie. "Wir sind natürlich als Deutsche pazifistisch erzogen. Das ist auch richtig so nach dem 2. Weltkrieg." Aber die Welt habe sich verändert und wir müssten stärker auf militärische Instrumente setzen. Frau Möller rechnet mit schwierigen Debatten. Deshalb müsse man dringend die Menschen in Deutschland rechtzeitig einbinden.

Mitmenschlichkeit stärken – auf militärische Instrumente setzen / pazifistische Erziehung als Ballast: Um diesen Widerspruch kreist ein orientierungslos gewordener Diskurs in Deutschland. Nur sehr selten, wird in auf die normativen Vorgaben des Grundgesetzes ihm Bezug genommen. Seit 1949 ist Frieden die normative Schlüsselkategorie für das Politische System Deutschlands. In einer m.E. genialen Formulierung verpflichten sich die Bürger in der Präambel des GG dazu, „in einem gemeinsamen Europa dem Frieden in der Welt zu dienen“, und Artikel 1. verpflichtet den Staat, die Würde des Menschen (und nicht nur die seiner Bürger) zu achten und zu schützen.

Paradigmenwechsel

Wie dieser normative Rahmen konkretisiert werden kann – lässt das GG weitgehend offen. Vor allem sagt es nicht, was den Kern einer zeitgemäßen Vorstellung von Frieden ausmacht, die sowohl dem Erfahrungshintergrund der Deutschen, als auch dem der Menschen in anderen Weltregionen entspricht. Um die Entwicklung einer zeitgemäßen Vorstellung von Frieden geht es, wenn wie im Titel des Vortrags vom „Paradigmenwechsel von Sicherheitslogik zur Friedenslogik“ die Rede ist.

Ich möchte das Stichwort Paradigmenwechsel an einem Beispiel illustrieren, das Ihnen allen bekannt ist. Nach babylonischem Weltbild und der Schöpfungsgeschichte im AT ist die Erde eine flache Scheibe, die vom Himmel überwölbt wird. Dieses Weltbild reicht aus, um zu beschreiben, was passiert, wenn ich morgens aus dem

Haus gehe, spüre, dass der Regen von oben kommt und sehe, wie sich vor mir eine Pfütze bildet. Wenn ich aber erklären will, warum ich, wenn ein Schiff von der Nordsee in die Elbe Richtung Hamburg fährt, zuerst den Jungen im Mast und nicht den viel wichtigeren Kapitän sehe – dann komme ich mit Bild der Scheibe nicht weiter. Ich orientiere mich am Weltbild des Aristoteles. Nein, sagt der: Die Erde kann keine Scheibe, sie muss eine Kugel sein.

Sehr lange glaubte man mit Ptolomäus, dass diese Kugel im Zentrum der Welt stehe. Und dieses Weltbild reicht noch heute vollkommen aus, um sich der Schönheit eines Sonnenaufgangs zu erfreuen. Das gelingt uns auch, obwohl wir wissen, dass wir einer Täuschung unterliegen. Denn Kopernikus erkannte im 16. Jahrhundert, dass nicht die Erde, sondern die Sonne im Zentrum steht. Und dann behauptete auch noch Giordano Bruno wenig später: Es gibt überhaupt kein Zentrum, der Weltraum ist unendlich. Er starb dafür am 17. Februar 1600 auf dem Scheiterhaufen. Denn sein neues Bild vom All schien die gesellschaftliche Ordnung in Europa in Frage zu stellen. Galilei, der zugleich ein gläubiger Mensch und ein Astronom war, erklärte die Diskrepanz zwischen den Worten der Bibel und seinen Forschungen damit, es sei die *Absicht des heiligen Geistes, uns zu lehren, wie man in den Himmel kommt, nicht wie sich der Himmel bewegt*. Galilei wollte wissen, wie sich der Himmel bewegt, nur dieser Frage galt sein astronomisches Interesse – aber eine Antwort konnte er im Weltbild der Schöpfungsgeschichte nicht finden. Sie ist dafür schlicht ungeeignet.

Lassen wir an dieser Stelle einmal außer Acht, wie schwindelerregend sich die Himmelforschung bis heute weiterentwickelt hat. Worauf es hier ankommt ist: Bei einem Paradigmenwechsel geht es immer auch um die Möglichkeit, veränderte Interessen zeitgemäß zur Geltung zu bringen. Das gilt auch für den Wechsel von Sicherheitslogik zur Friedenslogik. Dabei geht es nicht um Logik im mathematischen Sinn. Aber es geht um Zusammenhänge, die beachtet werden müssen, wenn im Atomzeitalter und unter den Bedingungen der Globalisierung von Lebensverhältnissen das Interesse an Frieden zum Dreh und Angelpunkt politischen Handelns werden soll.

Unter diesen veränderten Bedingungen stellen sich die Fragen nach Frieden und Sicherheit anders als im 17. Jahrhundert, wo man erwartete, ein mächtiger Staat werde nach innen das Leben der Untertanen mit der Polizei befrieden und äußere Angriffen militärisch abwehren und auf diese Weise die eigenen Leute vor inneren und äußeren Feinden schützen und ihren Frieden sichern. Nach den zerstörerischen Erfahrungen während der beiden Weltkriege, insbesondere auch nach den tatsächlich geschehenen Atomwaffenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki, entwickelt sich ein Interesse daran, herauszufinden, wie unter diesen neuen Bedingungen Frieden möglich ist. Da gab es Vorläufer, wie die mittelalterliche Lehre vom Gerechten Krieg und ihren Varianten oder die Schrift zum Ewigen Frieden von Kant, es gab einen wegweisen Brief von Freud an Einstein und einige andere Schriften aus den Friedensbewegungen. Gleichwohl reichen die dort aufgezeigten Wege ganz offensichtlich nicht aus, um die Bedingungen von Frieden in der veränderten Welt zu erfassen. Vor diesem Hintergrund entstand die Friedens- und Konfliktforschung. Und nach etwa 60 Jahren systematischer Forschungsarbeit in vergleichsweise engem

Kontakt zu diversen Praxisfeldern, kann man über Zusammenhänge und Bedingungen von Frieden heute doch einiges wissen. Man hat dann noch kein Rezeptbuch für Friedenshandeln, aber doch einen Orientierungsrahmen, den man nutzen kann wie einen Sextanten.

Diesen Rahmen will ich hier skizzieren. Es geht um drei gut erforschte Prämissen und um fünf Handlungsprinzipien.

Prämissen

Eine erste Prämisse betrifft die Unterscheidung des Begriffs Frieden und Sicherheit. Der Begriff Sicherheit bezieht sich auf einen Zustand, den Menschen, Gruppen und Staaten anstreben. Wir bringen uns in Sicherheit vor jemandem oder vor etwas. Wir machen instinktiv eine abwehrende Bewegung, wenn wir an unsere Sicherheit denken. Der Begriff Frieden dagegen bezeichnet Beziehungen zwischen Menschen, Gruppen und Staaten. Wir schließen Frieden mit jemandem. Friedensarbeit ist also immer auch Beziehungsarbeit. Wir machen eine einladende, öffnende Handbewegung und wenden uns jemandem zu, wenn wir an Frieden denken. Natürlich haben Menschen, die in Frieden leben wollen, weiterhin ein Interesse an Sicherheit. Das ist legitim. Wenn sie Frieden wollen, dann versuchen sie die Beziehungen so zu gestalten, dass sie in ihnen und durch sie sicher sein können. Die abwehrende oder gar drohende Handbewegung passt dann nicht. Die Frage ist, welche Bewegungen könnten besser passen. Das auszuprobieren ist eine lohnende Aufgabe für einen Theaterworkshop.

Eine zweite gut erforschte Prämisse bezieht sich auf Zusammenhänge zwischen Frieden und Konflikt. In Gesellschaften, die sich kontinuierlich verändern, erst recht in einer Weltgesellschaft, sind Konfliktsituationen eher die Regel als die Ausnahme. Das gilt für die Beziehungen in den Familien, die Beziehungen zwischen Männern und Frauen, innerhalb einer Gemeinde, im Beruf oder zwischen Alteingesessenen und Zugewanderten. Und es gilt erst Recht für die Weltpolitik. Es ergibt folglich gar keinen Sinn, Frieden allein als eine harmonische Beziehung zu definieren, obwohl wir vermutlich alle geneigt sind, das zu tun. Vielmehr braucht man für dynamische Gesellschaften ein Konzept, das gerade im Fall von Disharmonie funktioniert. Das ist der Grund, dass wir meist auch von Friedens- und Konfliktforschung sprechen, also Frieden und Konflikt in einem Atemzug nennen. Daraus folgt: Wenn Handlungen Frieden zur Folge haben sollen, muss darauf geachtet werden, ob sie einen konstruktiven Konfliktaustrag fördern oder erschweren.

Eine dritte gut erforschte Prämisse bezieht sich auf gesellschaftspolitische Bedingungen, deren Wechselwirkung einen konstruktiven Konfliktaustrag ermöglichen. Es handelt sich um (1) die Zurückdrängung direkter Gewalt, (2) die Geltung des Rechts, dem auch staatliche Macht untergeordnet ist, (3) die Fähigkeiten zur Kooperation angesichts von wechselseitiger Abhängigkeit, (4) die Partizipation der Gesellschaft an politischen Entscheidungen, (5) die begründete Hoffnung auf soziale Gerechtigkeit und (6) eine konstruktive Konfliktkultur.

Wichtig sind die Verbindungen. Wo der Staat das Gewaltmonopol hat, aber staatliche Gewalt nicht an Recht gebunden ist, folgt Willkür, aber kein Frieden. Wenn die Arbeitszusammenhänge ständig Disziplinierung verlangen, aber die Arbeiter keine Gelegenheit haben, ihre Interessen zur Geltung zu bringen – bekommen sie ein mörderisches Arbeitsleben. Wenn Menschen keine begründete Hoffnung auf sozialen Ausgleich haben, können sie die Regeln des Zusammenlebens nicht akzeptieren. Und Unfrieden ist ebenfalls die Folge, wenn das Recht auf Partizipation nicht durch eine Kultur des konstruktiven Konfliktaustrags geformt ist. Wahlen werden dann zur Farce.

Ich fasse zusammen. Wenn man heute Frieden will, dann geht es:

1. um Beziehungen zwischen Menschen, Gruppen und Staaten,
2. um Formen für einen konstruktiven Konfliktaustrag
3. um gesellschaftspolitische Vorkehrungen

In einem gemeinsamen Europa dem „Frieden in der Welt zu dienen“ meint dann, Beziehungen zu schaffen, in denen Gewalt unterbleibt, weil Formen für einen konstruktiven Konfliktaustrag entwickelt und gesellschaftliche Vorkehrungen vorhanden sind, die es ermöglichen, dass Kooperation und ein konstruktiver Konfliktaustrag gelingen.

Was ist zu tun, damit Frieden in diesem Sinne gelingen kann?

Die fünf Handlungsprinzipien

Maßgeblich sind fünf mit einander verbundenen Handlungsprinzipien: Sie legen den Fokus auf Gewaltprävention, Konflikttransformation, Dialogverträglichkeit der Mittel, globalverträgliche Entwicklung von Interessen und auf das Prinzip des fehlerfreundlichen Lernens.

(1) Das Prinzip der Gewaltprävention:

Wenn man Frieden ins Zentrum stellt, dann ist das vorrangige Problem, die Gewalt, die Menschen in Form von Krieg, Unterdrückung, Ungerechtigkeit, und Diskriminierung einander zufügen, unter der sie leiden und die sie daran hindert, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Die Verhinderung von Gewalt ist daher das A und O. An Informationsmöglichkeiten fehlt es in der Regel nicht, sondern an der Bereitschaft, rechtzeitig zu handeln und an Einsicht hinsichtlich geeigneter Anknüpfungspunkte.

Nun ist das enorme Ausmaß an Gewalt und Gewaltpotentialen kaum begreifbar und es scheint schier uferlos etwas gegen die Vielschichtigkeit von Gewalt unternehmen zu wollen. Wo soll man da anfangen? Die Antwort ist simpel: Dort wo man kann.

In den Bereichen, die auf dieser Friedenskonferenz zur Debatte stehen, geht es um das Leid von Menschen, die im globalen Süden den Kämpfen um Macht, Einfluss und Ressourcen sowie dem Geschäft mit Waffen zum Opfer fallen, um Menschen denen es nicht gelingt, der direkten, strukturellen oder kulturellen Gewalt in den Herkunftsländern zu entkommen, um Menschen, die während ihrer Flucht nahezu schutzlos sind, die daran gehindert werden, Zuflucht zu finden und die – falls es

ihnen dann doch gelungen ist, keineswegs vor Übergriffen, Abschiebung oder massiver Beeinträchtigung ihrer Lebenschancen sicher sind.

Bei weltweit 65 Millionen Geflüchteten, erscheint das, was wir von Hamburg aus akut tun können, verschwindend gering. Dieses Geringe ist allerdings für eine nicht unerhebliche Gruppe von Menschen lebensrettend und für die Friedensfähigkeit in Deutschland weit mehr als ein symbolisches Zeichen.

Es ist in diesen Tagen eine Unterschriftenaktion über das Netzwerk Compact angelaufen. Unter der Überschrift „Hamburg hat Platz“ werden der Erste Bürgermeister und die Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration aufgefordert, sich für Hamburg bereit zu erklären, umgehend 1000 Flüchtlinge aus Griechenland aufzunehmen, von der Bundesregierung die Einreisegenehmigungen zu erwirken, die Transportkosten zu tragen und die Voraussetzungen für schnellstmögliche Unterbringung in regulären Wohnungen zu schaffen. Denn in Abstimmung mit dem Bund können die Bundesländer beschließen, Flüchtlinge aus humanitären Gründen aufzunehmen. Das ist einer von mehreren konkreten Wegen, mit denen versucht wird, vorenthaltene humanitäre Hilfe gegen alle Widerstände doch noch zu praktizieren, der in Kooperation mit vergleichbaren Initiativen aus anderen Städten steht, der darauf zielt, einen Prozess des Umdenkens in Deutschland einzuleiten und ernsthaft Frieden und Menschenwürde in diesem Land einzufordern. Wir werden in der AG darüber sprechen müssen, wie aus dieser Aktion ein Erfolg werden kann.

(2) Das Prinzip der Konflikttransformation

Aus friedenslogischer Sicht entsteht Gewalt aus komplexen Konfliktkonstellationen, zwischen Beteiligten, die nicht zum Interessenausgleich gelangen und dies auch nicht für notwendig halten. Wenn man diesen Entstehungszusammenhang anerkennt, muss man die Beteiligten dafür gewinnen ihr Verhalten, ihre Haltungen und ihre Interessen weniger konfrontativ und für die andere Seite annehmbarer zu gestalten. Genau diese Veränderung ist mit dem Begriff Konflikttransformation gemeint.

Ungeachtet der Tatsache, dass es viele Bösewichte, Schurken und Verbrecher gibt - im friedenslogischen Denken ergibt ein Fokus auf sie keinen Sinn. Auch unterscheiden wir zwischen Tätern und ihren Taten deshalb, weil die Täter am Ende doch meist gebraucht werden, damit sie von ihren Taten lassen. Schließlich ist es in der Regel ziemlich unrealistisch zu erwarten, ausgerechnet ein Bösewicht werde den ersten Schritt zur Veränderung tun. Ob es sich um den Krieg in und um die Ukraine oder die Kriege im Nahen Osten oder um Fluchtursachen handelt - die anfangs meist geringen Aussichten bereits verhärteten Konfliktkonstellationen friedensstiftend zu beeinflussen, steigen mit der Bearbeitung der Eigenbeteiligung. Selbst wenn sie im Einzelfall gering sein mag – sie bildet den wichtigsten Ansatzpunkt, sofern man Konflikttransformationen befördern will. Nur mit Anerkennung der Eigen- und Mitverantwortung, lassen sich die Türen öffnen, durch die man zu friedlichen Beziehungen gelangt.

In einer Arbeitsgruppe wird es nachher um die Auslandseinsätze der Bundeswehr unter Einbeziehung des Weißbuchprozesses gehen. Das zuständige Ministerium rechtfertigt seine militärischen Optionen, die Programme zur WehrrtÜchtigung und die Aufstockung des Rüstungsetats mit den zunehmenden Gewaltkonflikten und dem Rückfall Russlands in eine Politik der Ost-West-Konfrontation – ohne zu fragen, inwiefern die eigene Politik zu diesen Gewaltentwicklungen beigetragen hat. In diesem Ministerium, kann man sich eine Eigenbeteiligung offensichtlich gar nicht vorstellen.

Das gilt leider auch für andere Ministerien. Wenn das Innenministerium die Übergriffe auf Unterkünfte für Geflüchtete verurteilt, geschieht dies stets ohne Bezug auf die Bestätigung von Fremdenfeindlichkeit durch eine auf Abwehr gerichtete Flüchtlingspolitik. Der Slogan, es gelte statt humanitärer Hilfe und Öffnung von Fluchtwegen, Fluchtursachen zu bekämpfen, ist populär geworden. Die Friedensbewegung will es, die AFD will es. Die Bundesregierung will es. Das Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit ist federführend. Sein Programm „Fluchtursachenbekämpfung“ benennt viele Faktoren, die bekämpft werden sollen, die auch in der Friedensbewegung eine Rolle spielen: Hunger, Elend, Perspektivlosigkeit, akute Not in Krisen, Epidemien, bewaffnete Auseinandersetzungen, Naturkatastrophen, schließlich auch Falschinformationen und die Gier der Schlepper. Es ist auffällig, dass die Bestimmung von Ursachen so erfolgt, als hätten sie mit der entwickelten, demokratisch regierten Welt, die ihrem Selbstbild nach „nur hilft“, rein gar nichts zu tun.

In politischen Zusammenhängen ist ein Eingeständnis der Eigenbeteiligung immer ein großer Schritt, keine einsame Entscheidung, sondern abhängig von vielen innen- und bündnispolitischen Faktoren. Friedenspolitik ist daher niemals nur Außenpolitik. Sie verlangt auch innenpolitisch eine überzeugende Arbeit. Wenn eine Regierung Rüstungsexporte beschränken will, muss sie sich selbst durch Gesetze binden und in der Lage sein, sich Lobbyinteressen vom Hals zu halten. Sollte eine Regierung begreifen, dass man mit dem Export von Hähnchenfleisch vielen Menschen in Afrika die Lebensgrundlagen entzieht, dass der Klimawandel zu Missernten führt, dass Militärinterventionen in der Regel die Lage verschlimmern, dass Menschen, die ausgegrenzt werden, sich häufig in Gewaltphantasien flüchten, dass Handelsabkommen, die ohne Rücksicht auf diejenigen durchgesetzt werden, deren Lebensbedingungen sich absehbar verschlechtern, dann muss sie die eigene Gesellschaft ermutigen, sich selbst zu bewegen.

Ein großer Teil der bundesdeutschen Gesellschaft ist dazu bereit, aber ein großer Teil ist es nicht. Auch wird die erste Gruppe in der Welt nicht besonders sichtbar, und sie stößt nur auf wenig Anerkennung. Es ist die Kanzlerin, die von Geflüchteten wie auch im Ausland mit einer flüchtlingsfreundlichen Politik in Verbindung gebracht wird. Es sind nicht die zivilgesellschaftlichen Initiativen. Ich halte es für das große Verdienst der TTIP-Bewegung weltweit sichtbar geworden zu sein. Aber afrikanische Politiker werden auf diese Kräfte allein nicht setzen können.

Der Theologe Wolfgang Gern sprach am 13. April 2016 in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau von einem im Afrika weit verbreitetem Empfinden, von der

Weltgemeinschaft vernachlässigt und ausgeschlossen zu sein. Diese Ausgrenzung könne nur überwunden werden durch einen gesamtpolitischen Gestus.

Könnte Hamburg mit seinen vielfältigen Außen- und Außenhandelsbeziehungen signalisieren, dass es davon etwas verstanden hat. Welche Gesten könnten aus HH kommen? Ein Vorschlag für ein gemeinsames Programm zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zwischen den Partnerstädten Hamburgs wäre vielleicht ein Ausgangspunkt, aus dem mehr erwachsen könnte als eine Geste.

(3) Das Prinzip der Dialogverträglichkeit.

Dieses Prinzip beantwortet die Frage, welche Mittel zur Gewaltprävention und Konflikttransformation geeignet sind, wenn Frieden die Folge sein soll.

In der Charta der Vereinten Nationen verpflichten sich die Staaten zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten durch Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Entscheidung, Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder Abmachungen oder durch „andere friedliche Mittel eigener Wahl“. Diese offene Formulierung hat sich als genial, weil zukunftsorientiert erwiesen. Bis in die 1990er Jahre hatte kaum jemand von diesem Artikel zur „Friedlichen Streitbeilegung“ auch nur Notiz genommen, obwohl die VN insbesondere beim Generalsekretariat eine breite Praxis dazu entwickelt hatten.

In der Ausdifferenzierung dieser Mittel sind seit den 1990er Jahren deutliche Fortschritte zu verzeichnen. Die Verfasser der UN-Charta dachten noch vor allem an die Tätigkeit von Diplomaten. Heute weiß man darum, wie wichtig die Beteiligung von vielen Menschen, Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft sind. Junge Menschen ließen sich als Friedensfachkräfte ausbilden, der Zivile Friedensdienst und viele anderen Einrichtungen entstanden. Viele Schüler und Schülerinnen ließen sich als Streitschlichter ausbilden. Die meisten dieser Projekte wurden auch wissenschaftlich begleitet und „evaluiert“. Dank der Erfahrungen sind heute auch viele Schwachstellen bekannt. Sie betreffen zum Beispiel die materielle Unterfinanzierung, die personelle Unterausstattung, die Widersprüche zwischen den Ressorts und die mangelnde Bereitschaft langfristige Engagements einzugehen – diese sind nach wie vor dem Militärischen vorbehalten. Auch die geringe Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und in der Bildungsarbeit ist eine der Schwachstellen, an denen zu arbeiten ist und an denen gearbeitet wird, was sich auch in der Beschreibung der Arbeitsgruppe Alternativen zur Militarisierung im Bildungswesen entnehmen lässt.

Insgesamt sind in den vergangenen 25 Jahren eine Reihe von Techniken der Konfliktbearbeitung und des Krisenmanagements entwickelt worden. Wir wissen um die Bedingungen von Versöhnung, Wiedergutmachten, um diverse Formen von Verhandlung, Vermittlung, Tatsachenermittlung, Beobachtung und Begleitung von bedrohten Menschenrechtsaktivisten. Manche Kollegen und Kolleginnen sprechen sogar von einem Instrumentenkasten. Aber nicht alles, was in diesem Kasten enthalten ist, ist auch tatsächlich friedensförderlich und kombinierbar. Um zu wissen, ob ein Mittel geeignet ist, muss man prüfen, was sein Einsatz im konkreten Fall mit

den Beziehungen zwischen den Konfliktparteien und innerhalb der jeweiligen Gruppe macht, die sie repräsentieren.

Generell kann man feststellen: Wenn es das Ziel ist, friedlichere Beziehungen zwischen den Parteien herzustellen, dann ist darauf zu achten, dass die Mittel sich nicht gegen eine Konfliktpartei richten. Das geeignete Kriterium, um über die Angemessenheit zu entscheiden, ist das Prinzip der Dialogverträglichkeit. Sanktionen sind zwar in der Regel zivil, aber selten dialogverträglich. Das gilt für die Sanktionen gegen Russland ebenso wie aktuell geforderten Sanktionen gegen die Türkei Erdogans. Sie vergrößern die Distanz zwischen Konfliktparteien, verringern die Chancen zum offenen Austausch und zur Auflösung von Blockaden und Selbstblockaden. Auch wenn Sanktionen oder gar militärische Abschreckungsmaßnahmen durch Dialogangebote ergänzt werden, haben sie diese negative Wirkung. Man muss auf andere Instrumente setzen, wenn man etwas bewegen will.

Da Konflikte gewöhnlich tief in den politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen verankert sind, geht es niemals nur um eine einzelne Aktion, sondern immer um einen meist langwierigen Prozess. Jede Konstellation braucht den ihr angemessenen Ansatz, der es den Konfliktparteien erlaubt, sich für die Interessen der anderen Seite zu öffnen, gemeinsame kurz- oder auch langfristige Projekte zu koordinieren oder auch Spezialprobleme im Detail auszuhandeln. Aber immer geht es um offene Formate, die durch das Nadelöhr Dialog führen. Dialog in Konfliktsituationen ist kein „Gequatsche“, sondern harte Arbeit und zumindest am Beginn alles andere als ein Vergnügen und immer eine Geduldsprobe.

Über die Frage, mit welchen Formaten es in Hamburg gelingen kann, Grenzen für Geflüchtete zu öffnen und den Hafen für den Export von Waffen zu schließen, lohnt es sich weiter nachzudenken. Aufmerksamkeit zu erregen und Druck zu erzeugen, auf diese Aufmerksamkeit zu reagieren, gehören dazu, aber was dann?

Nachzudenken gilt es auch über die Frage, wie anknüpfend an die Agenda 2030, Hamburg zu Vereinbarungen über nachhaltige Handelsbeziehungen kommen kann und durch welche Formate, die Partnerstädte Hamburgs, die Geflüchteten in Hamburg, sowie die Menschen, die als Freiwillige Erfahrungen im Globalen Süden gemacht haben, an der Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie Hamburgs beteiligt werden können.

(4) Das Prinzip der Interessensentwicklung durch globale Normen

Friedenslogisches Handeln orientiert sich an globalen Normen und überprüft eigenes Handeln vor dem Hintergrund von Grundsätzen, die global anwendbar sind. Zu ihnen gehören das internationale Recht, die sozialen und politischen Menschenrechtskonventionen, aber auch globale Abkommen wie das zu den Zielen von Nachhaltiger Entwicklung (SDGs). Zu den Normen gehören aber auch ethische Grundsätze, die kulturübergreifend gültig sind, auch wenn sie jeweils etwas anders formuliert werden. Das gilt insbesondere für die Regel der Gegenseitigkeit. Mit Kant formuliert: Kannst Du wollen, dass andere Staaten Atomwaffen haben und sie in deiner Nähe stationieren? Kannst Du wollen, dass Länder wie Tansania oder Jordanien dem europäischen Weg der Flüchtlingsabwehr folgen? Kannst Du wollen,

dass Menschen aus Deutschland durch Akteure im Nahen Osten zum bewaffneten Kampf ertüchtigt werden? Niemand wird diese Fragen ernsthaft mit „Ja“ beantworten. Weitermachen wie bisher geht nur dann, wenn die Regel der Gegenseitigkeit außer Acht gelassen wird.

Kein Land, keine Gesellschaft, in der es keine Kluft zwischen den universalen Normen und der tatsächlichen Praxis gibt. Das ist einer der Gründe, warum universelle Normen häufig als idealistisch oder als realitätsfern bezeichnet werden. Aber das ist voreiliges Verständnis hinsichtlich ihrer Wirkungsweise.

Was also, wenn man entdeckt, dass die insgesamt doch klaren universellen Normen mit den eigenen Interessen und der Art und Weise, wie diese Interessen verfolgt werden, kollidieren?

Man muss die eigenen Interessen nicht ersatzlos aufgeben und sich einem übergeordneten Diktat unterwerfen. Das zu fordern, wäre unrealistisch. Realistisch ist aber das Prinzip der Interessenentwicklung. Wer Frieden will, muss seine partikularen Interessen nicht aufgeben, sondern sie orientiert an globalen Normen im Einklang mit den Interessen der anderen korrigieren und weiter entwickeln. Der Friedensforscher Johan Galtung nennt diesen Anpassungsprozess Legitimierungsarbeit. Ein solcher Prozess erfordert Beharrlichkeit. Er beginnt mit der Einsicht, dass eine Anpassung von Interessen und Normen gewünscht und möglich ist. Es folgt eine Klärung der Interessen, ihrer Hintergründe und ihres wesentlichen Kerns. Möchte ich ungehindert Waffen exportieren oder möchte ich viel Geld verdienen, Steuern einnehmen oder meinen Arbeitsplatz erhalten? Möchte ich die Kräfte des Militärisch Industriellen Komplexes stärken oder suche ich vor allem Anerkennung im westlichen Bündnis oder Möglichkeiten der Ausbreitung von Gewalt Grenzen zu setzen?

Ein solcher Weg der Interessenveränderung, ist keine moralische Überforderung. Er ist erstens vielfach im Alltagsleben erprobt. Wenn ein Mieter gerne Klavier spielt, ist das vielleicht legitim, vielleicht sogar schön; wenn er das allerdingst nachts macht, verstößt er damit wahrscheinlich gegen die Hausregeln und vor allem gegen das Schlafbedürfnis aller anderen. Er tut gut daran, von Wohnung zu Wohnung zu gehen und zu erkunden, wann stört mein Spiel die anderen nicht, wann macht es ihnen sogar Freude – und vielleicht ergeben sich daraus auch einige Veränderungen der Hausordnung.

Zweitens ist auch der Wirtschaftspolitik gut erforscht, wie die Anpassung einzelner Wirtschaftszweige an veränderte Bedingungen gelingen und gefördert werden kann. Das gilt auch für eine Umstellung von militärischen Liegenschaften und der Rüstungsindustrie. Das Interesse daran, viel Geld zu verdienen, einer qualifizierten Arbeit nachzugehen und Arbeitsplätze in der Region zu erhalten, wird nicht in Frage gestellt. Wohl aber dies ausgerechnet mit Rüstung und militärischen Einrichtungen zu tun – als gäbe es dazu keine Alternativen. Unter Umständen ist staatliche Unterstützung angebracht, um einen Betrieb auf eine Produktion umzustellen, die keinen Schaden anrichtet sondern Nutzen stiftet. Das ist auch volkswirtschaftlich gesehen auf Dauer gesehen kostengünstiger. In Hamburg gibt es eine Reihe von

Spezialisten für diese Fragen der Rüstungskonversion. Die Hafenwirtschaft kann darauf zurückgreifen, wenn sie ernsthaft meint, ihre Geschäfte könnten leiden.

Drittens gibt es auch Erfahrungen in der Sicherheitspolitik mit einer globalverträglichen Interessenentwicklung. Kein Zweifel, das Interesse an der eigenen Sicherheit ist legitim. Das gilt auch für die Sicherheitsinteressen aller anderen. Die Anerkennung von Sicherheitsinteressen muss aber nicht in einem Rüstungswettlauf zum Nachteil aller Seiten enden. Als der Ost-Westkonflikt zu Ende geht, waren viele überrascht, wie relativ friedlich das geschehen konnte. Es war gelungen, die Eskalationsdynamik der atomaren Abschreckung zu bremsen, weil sich in der Praxis zwischen Ost und West Haltungen entwickelt und verbreitet hatten, die auf Entspannung, auf verstärkten Austausch und das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit gesetzt haben. Dieses Konzept beruhte auf Überlegungen, die 1982 der sog. Palme Kommission der VN erarbeitet worden waren. Das Konzept verwarf die Idee, ein Zustand der Sicherheit könne im Atomzeitalter gegeneinander erreicht werden. Daher propagierte es, die Beziehungen zwischen den Parteien so zu entwickeln, dass beide Seiten vor einander sicher sein und einander Sicherheit geben können. Das Sicherheitsinteresse wird dann ein anderes, weil es mit Abrüstung, Rüstungskontrolle, kooperativen Verhalten und einer Intensivierung der Beziehungen auf vielen Ebenen verbunden wurde. Man könnte heute bei der Entwicklung einer global verträglichen, also friedenslogisch inspirierten Sicherheitspolitik an viele dieser Überlegungen anknüpfen – Das Weißbuch tut das gerade nicht, deswegen erwächst aus den dort vorgetragenen Konzeption weder Frieden noch eine legitime Form von Sicherheit, wahrscheinlich sogar eine Steigerung von Unsicherheit.

(5) Das Prinzip der Reflexivität und des fehlerfreundlichen Handelns?

Wie alles, was Menschen tun, kann auch der Versuch, Frieden zu stiften, scheitern. Niemand kann im Voraus alle Auswirkungen kennen. Friedensstiftende Entscheidungen müssen daher fehlerfreundlich sein. Das heißt, sie müssen mit geringstmöglichem Schaden korrigiert werden können. Tötende Gewalt ist das nie. Auch deshalb empfehlen sich kleine Schritte in großer Perspektive.

Friedenslogisches Handeln organisiert sich Kritik, institutionalisiert offene und unvoreingenommene Konsultationen, um Fehler aufzuspüren und unvorhergesehene Aspekte aufzugreifen. Für entwicklungspolitische Projekte wurde der sogenannte Do-No-Harm-Ansatz entwickelt. Damit wird versucht, von vorneherein ebenso wie im nachhinein die positiven, aber auch die negativen Auswirkungen entwicklungspolitischen Handelns auf die Konfliktentwicklung im Empfängerland zu reflektieren. Davon sind wir zumindest in der Sicherheits- und auch Menschenrechtspolitik weit entfernt.

Die alles überragende Frage ist: Was kann in der Welt, in Deutschland, in der Stadt geschehen, damit der Begriff Frieden und das erarbeitete Grundwissen immer stärker handlungsleitend wird? Wie kann eine Praxis entwickelt werden, die den fünf friedenslogischen Handlungsprinzipien, nämlich Gewaltprävention,

Konflikttransformation, Dialogverträglichkeit, globalverträgliche Interessensentwicklung besser entspricht als es gegenwärtig der Fall ist?

Von Kant wissen wir, der Frieden muss gestiftet werden; heute wissen wir: die Friedensstiftung muss erstritten werden, konstruktiv, aber im Konflikt. Es gibt mächtige Gegenkräfte. Dazu gehört auf wirtschaftlicher Ebene die Kräfte des Militärisch-Industriellen Komplexes, auf außenpolitischer Ebene die überragende Bedeutung der sog. „Bündnistreue“, sowie die Schwierigkeit, außenpolitische Partner für eine Sicherheitspolitik zu gewinnen, die friedenspolitisch eingebunden ist. Schließlich haben wir es mit Gegenkräfte auf innenpolitischer Ebene zu tun. Sie bedienen eine breite Angstbasis in der Bevölkerung, stützen sich auf diese Angstbasis und schüren sie. Der Wiener Theologe Paul Zulehner hat daher m.E. sehr treffend formuliert: Die große Zumutung unserer Zeit heiße „Entängstigt Euch!“ Ich würde ergänzen: Ermutigt einander zum friedenslogischen Denken und Handeln.

Ich komme abschließend auf die genannten Beispiele aus der Astronomie zurück und erinnere speziell an eine Theaterszene aus dem Stück von Brecht über das Leben des Galilei. In dieser Szene sprechen Galilei und ein kleiner Mönch miteinander. Dieser Mönch ist als Sohn armer Bauern aufgewachsen. Als Priester ist er den kleinen Leuten verpflichtet, als Astronom, hat er einen Blick ins Weltall gewagt. Er überlegt nun, was das neue kopernikanische Weltbild für seine Leute „mit den abgearbeiteten Händen“ bedeutet. Er stellt fest: Es stellt die Ordnung in Frage, die seinen Leuten hilft, ihr Leben zu ertragen. Es sei ihnen versichert worden, sagt der Mönch, dass das ganze Weltentheater um sie aufgebaut ist, damit sie sich in ihren großen oder kleinen Rollen bewähren können. Und er fragt: „Was würden meine Leute sagen, wenn sie von mir erführen, dass sie sich auf einem kleinen Sternklumpen befinden, der sich unaufhörlich drehend im leeren Raum um ein anderes Gestirn bewegt, einer unter sehr vielen, ein ziemlich unbedeutender!... Ich sehe, wie sie sich verraten und betrogen fühlen.“

Ich erwähne diese Stelle, um darauf aufmerksam zu machen, dass die Verbreitung einer friedenslogischen Orientierung nicht allein eine Frage der Erkenntnis ist, sondern dass es an konkreten Orten darauf ankommt, erfahrbar zu machen, wo der Sinn für die Leute „mit den abgearbeiteten Händen“ liegen könnte, und wie sie auch ihr eigenes Leben mit diesem Konzept besser gestalten können, als wenn sie ihr Leben im alten Weltbild einrichten. Wie können sie ermutigt werden, friedenslogisch zu denken, ohne sich dadurch angegriffen, verraten und betrogen zu fühlen, wie können sie selbst friedenslogisch eine Chance entdecken, als Menschen mit anderen Menschen verbunden zu sein. Vielleicht hilft es uns auf die Sprünge, indem wir uns selber fragen, was könnte mich und dich und unsere skeptischen nächsten Freundinnen und Freunde ermutigen, friedenslogischer zu denken, zu reden und zu handeln? Was brauchen wir, um umzudenken? Das aber ist eine weitere Anregung für die Arbeitsgruppen.